



## Soziale Ungleichheit in Deutschland wächst rasant

Die Kluft zwischen Arm und Reich reißt in Deutschland immer weiter auf. Einer neuen Studie der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zufolge haben sich Einkommensunterschiede und Armutsquote drastisch verschlimmert.

Der Anstieg zwischen 2000 und 2005 habe die Zunahme in den vorherigen 15 Jahren übertroffen. Während die Armutsquote in Deutschland Anfang der neunziger Jahre noch rund ein Viertel geringer war als im OECD-Mittel, liegt der Anteil der Menschen, die in relativer Armut leben, der Studie zufolge mittlerweile knapp über dem OECD-Schnitt.

Die OECD macht mehrere Entwicklungen für die Zunahme von Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland verantwortlich. Seit Mitte der neunziger Jahre hätten sich die Löhne und Gehälter drastisch auseinander bewegt.

Der Anteil der Menschen, die in Haushalten ohne jedes Erwerbseinkommen leben, sei auf 19,4% gestiegen - der höchste Wert innerhalb der OECD. Es ist eine bittere Bilanz: Die Armut ist in der Bundesrepublik seit 1985 stärker gestiegen als in fast allen anderen Industriestaaten.

Auch die Ungleichheit bei den Einkommen hat rasant zugenommen, berichtet die OECD in der Studie.

Das alles passiert mit der SPD in der Bundesregierung. Da wundern sich noch SPD-Leute, wenn ihr Mitglieder und Wähler weglaufen.

## Zukunft sichern - Banken vergesellschaften

Die Krise des globalen Kapitalismus vertieft sich weiter. Alles deutet auf eine längere Rezession der Weltwirtschaft hin. Auf der ganzen Welt werden zur Zeit Investitionsprogramme gestoppt. Die Banken ziehen Finanzierungszusagen zurück. Das wird den konjunkturellen Abschwung für den „Exportweltmeister Deutschland“ weiter verschärfen. Das Bundeswirtschaftsministerium formuliert: „Die Perspektiven für die weitere konjunkturelle Entwicklung haben sich weiter eingetrübt.“

Wer immer noch nicht sieht, dass die Finanzkrise längst die Realwirtschaft erfasst hat, der muss eine getrübbte Wahrnehmung der Realität haben. Unmittelbar nachdem die letzten Voraussetzungen für die „Rettungsaktionen“ der Banken durch das Kabinett gepeitscht worden waren, erklärte Bundeskanzlerin Merkel (CDU), dass sie gegen ein „breites Konjunkturprogramm“ sei. Allerdings beauftragte sie sofort Finanzminister Steinbrück (SPD) und Wirtschaftsminister Glos (CSU) Vorschläge zu erarbeiten,

wie einzelnen Wirtschaftszweigen, sprich: Konzernen, mit weiteren Steuergeldern „geholfen“ werden kann. Nach den Bankern halten jetzt auch die Automobil- und Baukonzerne die Hände auf.

Das beschlossene Gesetz wälzt die Kosten der Finanzkrise auf die Massen der Bevölkerung ab. Es gibt denjenigen, die die Finanzkrise herbeigeführt haben, jetzt neues Geld für die Fortführung ihrer Jagd nach Profiten in die Hand. Es ist sozial ungerecht und stärkt die Umverteilung öffentlicher Gelder in die Hände von Reichen. Eine öffentliche Kontrolle über die im schwarzen Loch der Privatbanken versenkten Steuergelder ist nach dem vorliegenden Gesetz nicht möglich. Der DGB fordert ein Konjunkturprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro, um die Binnennachfrage zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern.

Die DKP fordert „die Überführung aller Großbanken in gesellschaftliches Eigentum, die Verfügungsgewalt darf nicht länger in den Händen von Bankrotteuren und Spekulanten bleiben“.

## Wie man es in Frankreich sieht

Ich möchte den Einwohnern eurer Stadt die Freundschaft und Solidarität der Kommunisten von Vitrolles anbieten und mich bei den Genossen der DKP Mörfelden-Walldorf für den Empfang anlässlich des 40. Jahrestages ihrer Partei bedanken.

In Frankreich haben die aufeinanderfolgenden Regierungen seit Jahren bekräftigt, daß die einzig mögliche wirtschaftliche Lösung der globale Liberalismus sei.

Das Problem: Das Volk hat das Bedürfnis nach Arbeit und guten Löhnen. Die Antwort ist, daß die Unternehmen um der Konkurrenz willen das Bedürfnis haben, Gewinne zu erzielen.

Das Problem: Das Volk hat das Bedürfnis nach einem guten Gesundheitswesen. Die Antwort ist, daß es immer mehr kostet, und daß die Gesundheit unerreichbar ist für diejenigen, die dafür bezahlen dürfen.

Das Problem: Das Volk hat das Bedürfnis nach angemessenen Wohnungen. Die Antwort ist: Kaufen! Aber von welchem Geld?

Das Volk hat das Bedürfnis nach einer ökologisch gesunden Gesellschaft. Die Antwort ist: Vorrang für die In-

dustrie, Verschmutzung ist unvermeidbar - es geht nicht anders.

Das Volk hat das Bedürfnis nach Solidarität. Die Antwort ist: „Jeder für sich“.

Das Volk hat das Bedürfnis nach Demokratie. Aber man fällt Entscheidungen in Brüssel, ohne es zu fragen. Ich kann mir nicht helfen, aber ich glaube, daß diese Lage sich von der in Deutschland nicht sehr unterscheidet. Wie viele Arbeitsplätze wurden in wenigen Jahren bei OPEL abgebaut? Die Bedürfnisse auf dem Gebiet der Volksgesundheit - werden sie berücksichtigt?

Plant man nicht die Vernichtung von noch mehr Wald für die Erweiterung des Frankfurter Flughafens?

Folgt man unseren politischen Machthabern, sind die Kassen leer, wenn es um den sozialen Fortschritt geht, um die Verbesserung der Lage der Ärmern. Aber jetzt, wo es eine internationale Finanzkrise gibt, haben sie auf einmal Geld gefunden (sehr viel Geld), um es den Banken zu geben, die damit weitermachen, für die Reichen zu wirtschaften, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Ich träume von einer Gesellschaft, die

sich der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen zuwendet, in der die Zusammenarbeit zwischen den Völkern den internationalen Handelsegoismus ablöst. Ich träume von einer Gesellschaft, in der die öffentlichen Dienste entwickelt und verbessert werden, anstatt privatisiert zu werden. Kann dieser Traum nicht Wirklichkeit werden?

Das Internationale Finanzkapital hat sich organisiert, um die Weltbevölkerung gemeinsam auszubeuten. Warum organisieren wir uns nicht in Europa und anderswo, um eine andere Gesellschaft einzufordern, die befreit ist von den Halsabschneidern der Finanzwelt und in der die Entwicklung des sozialen Fortschritts Vorrang hat?

Pierre Pradel  
ist Sekretär der Abteilung Vitrolles der  
Kommunistischen Partei Frankreichs



### Am Abgrund

Es ist ein äußerst düsteres Bild, das USA-Geheimdienste in ihrer jüngsten Studie von der Lage am Hindukusch zeichnen. Und jeden Tag kommt ein schreckliches Detail hinzu. Jetzt der grausame Tod afghanischer Kinder und zweier Bundeswehrsoldaten. Jedes Opfer, ob zivil oder in Uniform, ist eines zu viel. Afghanistan befindet sich in einer „Abwärtsspirale“, sagt der US-Report. Eine Situation, für die vor allem die USA und ihre Verbündeten Verantwortung tragen. Auch Deutschland, das sein militärisches Engagement weiter ausbauen will. Die CDU-SPD-Bundesregierung und mit ihr die Mehrheit im Bundestag stimmten jetzt erneut für eine absehbare Eskalation am Hindukusch. Mehr Soldaten haben bisher nur zur Ausweitung der Kämpfe, zu mehr Gewalt und Instabilität geführt. Statt einer weiteren Truppenaufstockung ist ein Rückzug der ausländischen Truppen dringlicher denn je. Afghanistan braucht zivile Konfliktlösungen, eine entwicklungspolitische Offensive, nachhaltige wirtschaftliche Hilfe im Kampf gegen die zunehmende Verelendung, Unterstützung beim Aufbau einer korruptionsfreien Verwaltung und fähiger eigener Sicherheitskräfte. Nur so wird der Weg frei für eine politische Lösung durch die afghanische Bevölkerung selbst.

### Stolperstein für Zängerle

Für den Widerstandskämpfer und bekannten kommunistischen Opel-Betriebsrat der 1. Stunde Fritz Zängerle wurde in Rüsselsheim ein Stolperstein verlegt. Die Patenrede für Fritz Zängerle hielt der Opel-Betriebsrat Armin Herber.

Weitere zehn Personen wurden bei der ersten Verlegung bedacht.

Bemerkenswert: In Rüsselsheim konnte ein kommunistischer Widerstandskämpfer geehrt werden. Bei der Veranstaltung war auch der hiesige SPD-Sprecher Klaus Müller anwesend.

In Mörfelden-Walldorf sperrt sich die SPD-Fraktion, Kommunisten die gegen Hitler aufstanden, zu ehren.

Da wird es noch Diskussionen geben.

# 40 Jahre DKP

... die mit dem „blickpunkt“



Unsere Gäste aus Wageningen und Vitrolles: Pierre Pradel (links), Joop Ackerman (rechts), daneben Henri Agarrat. Übersetzer Alfred J. Arndt, Mörfelden-Walldorf.

Die DKP Mörfelden-Walldorf unterstützt die Städtepartnerschaften der Stadt Mörfelden-Walldorf und unterhält Beziehungen zu den Kommunisten in Vitrolles, Wageningen und Torre Pellice.

Zum 40. Jahrestag der Neugründung der DKP konnten wir gute Freunde begrüßen: aus Wageningen Joop Ackerman von der NCPN und von der PCF aus Vitrolles Pierre Pradel, (Vorsitzender der Gebietsorganisation) und Henri Agarrat (Magistratsmitglied), der auch Mitglied im neuen Städtepartnerschaftskomitee von Vitrolles sein wird.

Die Gespräche ergaben immer wieder, wie ähnlich die Verhältnisse in den europäischen Ländern geworden sind.

Ob Frankreich, Niederlande oder Deutschland - die arbeitenden Menschen sind überall in der gleichen Lage. Hier wie dort: Abbau des Sozialstaates, Privatisierung öffentlichen Eigentums, Druck auf die Löhne, Verschlechterung und Verteuerung des Gesundheitswesens, Verteuerung von Öl, Gas und Strom.

Immer wieder hieß es: „Genau wie bei uns!“.

Nur die Lektion, daß man ohne große Streiks nichts erreichen kann, hat man in Frankreich besser gelernt als hier.

Auch beim Besuch im Museum Mörfelden, Bereich Geschichte der Arbeiterbewegung, mußte nicht viel übersetzt werden. Die Bilder wurden sofort verstanden: „So hat es bei uns auch ausgesehen!“

Joop Ackerman brachte es in seiner Begrüßungsrede auf den Punkt: „Wir sprechen verschiedene Sprachen, aber wir verstehen uns trotzdem“. Und mit ebenso einfachen Worten nannte er das Problem beim Namen: „Die EU-Länder sprechen mit einem Mund. Aber die Arbeiter sind noch nicht so weit“. Höchste Zeit, daß sie das schaffen.

## Wenn die Börsenkurse fallen

Wenn die Börsenkurse fallen,  
regt sich Kummer fast bei allen,  
aber manche blühen auf:  
Ihr Rezept heißt Leerverkauf.

Keck verhöhern diese Knaben  
Dinge, die sie gar nicht haben,  
treten selbst den Absturz los,  
den sie brauchen - echt famos!

Leichter noch bei solchen Taten  
tun sie sich mit Derivaten:  
Wenn Papier den Wert frisirt,  
wird die Wirkung potenziert.

Wenn in Folge Banken krachen,  
haben Sparer nichts zu lachen,  
und die Hypothek aufs Haus  
heißt, Bewohner müssen raus.

Triff's hingegen große Banken,  
kommt die ganze Welt ins Wanken -  
auch die Spekulantenbrut  
zittert jetzt um Hab und Gut!

Soll man das System gefährden?  
Da muss eingeschritten werden:  
Der Gewinn, der bleibt privat,  
die Verluste kauft der Staat.

Dazu braucht der Staat Kredite,  
und das bringt erneut Profite,  
hat man doch in jenem Land  
die Regierung in der Hand.

Für die Zechen dieser Frechen  
hat der Kleine Mann zu blechen  
und - das ist das Feine ja -  
nicht nur in Amerika!

Und wenn Kurse wieder steigen,  
fängt von vorne an der Reigen -  
ist halt Umverteilung pur,  
stets in eine Richtung nur.

Aber sollten sich die Massen  
das mal nimmer bieten lassen,  
ist der Ausweg längst bedacht:  
Dann wird bisschen Krieg gemacht.

Diese Zeilen zirkulieren in diesen  
Tagen im Internet.  
Ob sie tatsächlich von  
Kurt Tucholsky (1930) stammen,  
wird noch heftig diskutiert.

# Egelsbach Transmitter Facility



Seit 1945 betreiben die USA in der Nähe des Langener Badesees eine Sendestation. Früher gab es in der Nähe noch die US-Air-Base und das schwerbewachte US-Waffendepot. Es war kalter Krieg - viele nahmen es hin. Nicht viele kennen heute diese Anlage. Kurzwellenhörer sind sich sicher, daß der Sender für den Agentenfunk benutzt wird.

Der seit 1999 jährlich erscheinende „Base Structure Report“ des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums listet militärische Einrichtungen auf. Diese Berichte bezeichnen die

Einrichtung offiziell als „Egelsbach Transmitter Facility“. Sie wird der US Army zugeordnet.

Täglich senden weltweit verteilte Stationen kryptografisch kodierte Nachrichten. Als Morsecode oder maschinell vorgelesene Zahlenkolonnen werden die Nachrichten über Kurzwelle ausgestrahlt. Mit Kurzwelle lassen sich hohe Reichweiten erzielen. Die übertragenen Zahlenreihen können mit einem einfachen Weltempfänger auch in größerer Entfernung gehört werden.

Die synthetischen Stimmen lesen häufig Zahlen vor, weshalb man derartige Sender auch Nummernstationen nennt. Mittlerweile weiß man, daß Nummernstationen der Kommunikation mit Agenten dienen.

Für den eigentlichen Kurzwellenbetrieb ist das Gelände mit monströsen Antennen ausgestattet.

Manchmal wird gefragt, warum die Station nicht nach Ende des „Kalten Krieges“ demontiert wurde. Zumal die Beobachtungen der letzten Zeit belegen, daß der Sender weiter ausgebaut wurde.

Wer die weltweite kriegerischen Verwicklungen der USA im Kampf um Einfluß und Rohstoffe sieht, wer von der Zunahme der Industriespionage weiß, kann sich die Frage selbst beantworten.

Die Frage, nach der territorialen Integrität - also die einfache Frage: was haben die Amis hier eigentlich zu suchen, sollte von Wiesbaden und Berlin beantwortet werden.



„Die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.“

Karl Marx / Friedrich Engels,  
Manifest der Kommunistischen Partei, 1848

Mitmachen beim Arbeitskreis  
„Marx lesen“. Auskunft: Telefon 23366  
E-Mail: info@dkgp-mw.de

## Neue „blickpunkt“-Broschüre erschienen

Zum 40. Geburtstag der DKP erschien eine neue Broschüre der „blickpunkt“-Geschichtsreihe: „Wir waren dabei - wir sind dabei“.



Auf 48 farbigen Seiten gibt es zu vielen Themen Fotos aus unserer Stadt. Viele Bürgerinnen und Bürger, die in den Bürger-Bewegungen der letzten 40 Jahre aktiv waren, sind zu erkennen. Bilder aus der Startbahn-West-Zeit, Fotos der Ostermärsche und der vielen Friedenskundgebungen sind zu sehen. Die Broschüre verkauft sich gut - sie wird sogar als „Gruß aus unserer Stadt“ verschickt.

**Die Broschüre ist für 4 Euro erhältlich bei den Mitgliedern der DKP. Bestellen kann man sie bei Gerd Schulmeyer, Tel. 23366 oder Rudi Hechler, Tel. 22362 oder per Email: info@dkgp-mw.de**

## Die Finanzkrise und die „kleinen“ Leute

Über die Sorgen der Mehrzahl der Bevölkerung um ihre paar gesparten Euro schreibt kaum eine Zeitung, auch nicht über ihren Zorn und schon gar nicht darüber, was sie über die Topmanager und über die Spitzenpolitiker denken. Jahrelang wurden sie von der Regierung angehalten, etwas von ihrem oft geringen Einkommen für's Alter zu sparen. Viele dachten, das ist ja auch richtig, nach dem Motto „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“. Die Renten sind heute schon bei vielen nicht üppig und werden in Zukunft wegen der veränderten Arbeitsbiographie (Arbeitslosigkeit, Zeitarbeit, Niedriglohn) und wegen der, von der SPD/CDU-Regierung beschlossenen „Rente mit 67“, noch niedriger ausfallen. Viele Ältere wollen so lange wie möglich selbstständig in ihrer Wohnung verbleiben und meinen „etwas Erspartes kann mir evtl. dabei helfen, wenn ich mal Hilfe brauche“. Auch die Besitzer eines Eigenheimes müssen für plötzlich auftretende Schäden oder für wärmedämmende Maßnahmen wegen fast unbezahlbaren Energiekosten, etwas zurücklegen. Und nun überall nur noch Hiobsbotschaften und Berichte über Bankenpleiten und Skandale.

Die Bundeskanzlerin beruhigt, „Die Spareinlagen sind sicher“. Zuerst hieß es, „bis 20.000.- Euro“, aber dann wurde nachgeschoben „unbe-

grenzt“. Bei Nachfragen bei den jeweiligen Sparkassen und Volksbanken hören die Sparer: „Machen Sie sich keine Sorgen, bei uns sind Ihre Ersparnisse sicher“ und „Bei uns greift das Anlagensicherungssystem aller Volks- und Raiffeisenbanken oder bei den Sparkassen die Landesbanken“. Aber kommen da nicht schon neue Sorgen auf, wenn der Sparer hört (Fr. Rundschau v. 24. 10. 2008): „Die Bayerische Landesbank, zu deren Eigentümern je zur Hälfte die dortigen Sparkassen und das Land zählen, steuert auf einen Verlust von drei Milliarden Euro für 2008 zu und benötigt finanzielle Hilfen von Bund, Land und Sparkassen in Höhe von 6,4 Milliarden Euro“? Alle haben anscheinend gezockt, auch die Landesbanken, wie in den vergangenen Jahren die Bayern LB (z. B. im krisengeschüttelten US-Markt oder bei Hypo Alpe Adria und Leo Kirsch) mit Wissen der Politiker (z. B. hier der Bayerische Finanzminister Huber, der mit Recht seinen Hut nehmen musste, wie kurz vorher als Vorsitzender der CSU nach der Wahl. Reichen da noch die Sicherungssysteme?

Und was ist mit dem Management der Banken? Wann müssen die haften für ihre Fehler? Da genügt nicht die Ankündigung der Bundesregierung, bei ihrer Vorstellung des Hilfspaketes von 500 Milliarden Euro, dass die Manager, deren Banken Hilfe in

Anspruch nehmen, keine Bonuszahlungen erhalten (mehrere Millionen Euro) und die Vorstandsgehälter auf 500 000 Euro pro Jahr begrenzt werden. (Die werden das schon zu umgehen wissen.) Allein der zurückgetretene HRE-Chef kassierte ein Gehalt von jährlich 1,5 Millionen Euro, obwohl er über Milliardenbelastung der Bank gestolpert war. Ob er etwas zurückzahlen muss? Bis jetzt ist noch kein Top-Manager einer Bank wegen Millionen- oder Milliardenverlusten, die er zu verantworten hat bestraft worden. Bis heute ist auch noch kein einziger Chef eines Unternehmens wegen Misswirtschaft und Fehlplanung zur Verantwortung gezogen worden. Sie sind höchstens gegangen worden und bekamen hohe Abfindungen. Die Arbeiter und Angestellten verlieren wegen des Mismanagements ihrer Bosse den Arbeitsplatz.

Ja, so läuft es bei den „Kleinen“. In der Presse stand dieser Tage, dass eine Verkäuferin bei einer Fischverkaufskette nach Feierabend ein Fischbrötchen, das am nächsten Tag nicht mehr verkauft werden konnte, mit nach Hause nahm, deshalb fristlos entlassen wurde. Sie klagte gegen die Entlassung und bekam vor dem Gericht nicht recht, sondern verlor ihren Arbeitsplatz und erhielt dazu noch eine Geldstrafe. Also müssen sich die „Kleinen“ wehren, sich organisieren, auch in einer Gewerkschaft, und bei künftigen Wahlen sich daran erinnern.

Heinz Hechler

**Gegen Rassismus und  
Ausländerfeindlichkeit**

# KUND GEBUNG

Sonntag, 9. November 2008  
18 Uhr  
Rathausplatz Mörfelden  
Gedenkstein

Es spricht:  
Emil Mangelsdorff



## Danke



Zum 40. Geburtstag der DKP erhielten wir viele Spenden für den „blickpunkt“. Sie helfen, diese Zeitung monatlich herauszugeben.

Wenn Sie uns dabei helfen wollen, hier ist unser „blickpunkt“-Spendenkonto:

Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto 9003419, BLZ 50852553

# Sehenswert!

## 500 Fotos aus unserer Stadt auf der Webseite

[www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de)



Plakat der Frauenwahlrechtsgegner

## 80 Jahre Frauenwahlrecht

Ein Datum, um ein paar Gedanken zu Papier zu bringen. Am 12. November 1918 wurde vom Rat der Volksbeauftragten in einem revolutionären Akt das Frauenwahlrecht in Deutschland verkündet; im Verfassungsausschuss des Reichstages war es kurz vor Kriegsende noch von allen Parteien rechts von KPD und SPD abgelehnt worden. Nach vielen Jahrzehnten des Kampfes um die Gleichberechtigung ein Erfolg. Doch das war nicht das Verdienst der Männer, sondern der Frauen. Nur einige Namen wie Henriette Fürth, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin seien genannt, die großen Anteil an der neuen Entwicklung hatten. Die Frauenfeindlichkeit, die im Kaiserreich das Stimmrecht verhinderte, bestand nach wie vor. Wie sollten sich die Sinne auch so schnell wandeln? So betrachtete die Mehrheit der Parlamentarier die neuen Kolleginnen als Störfaktoren. Fast die Hälfte der weiblichen Abgeordneten ließ sich dadurch entmutigen und schied in der zweiten Legislaturperiode der Weimarer Republik aus. Frauen in die Parlamente? Das war wie der Gang in die Höhle des Löwen. Die Konservativen hielten dagegen: Das Bild der Frau ist in Gefahr; die Frau als Hüterin des Hauses, als brave Dienerin, als geduldiges Geschöpf zur Erhaltung der Nation durch Geburten.

Mit dem Wahlrecht war allerdings nur ein Etappensieg errungen. Die Gleichberechtigung steht bis heute auf der Tagesordnung. Und da gibt es noch viel zu tun. Die Berufstätigkeit der Frau ist nämlich nicht nur Gelderwerb, sondern auch Selbstverwirklichung.

Dem Wahlrecht voraus ging das Recht zum Studium auf Universitäten. Dieses Recht wurde 2008 100 Jahre alt. Die Hessische Landeszeitung befürchtete damals: „Bald werden die Studentinnen die Hörsäle überfluten, hineingerissen in den zügellosen Wettbewerb werden sie entweiht, schließlich auch das Wahlrecht erlangen.“ Das Recht auf Studium und damit auf Berufsausübung war damit allerdings noch nicht errungen. Professoren weigerten sie vielfach, Frauen zum Examen zuzulassen. Sie konnten also weder Richterinnen, noch Anwältinnen oder Staatsanwältinnen werden. Es galt das sogenannte Lehrerinnenzölibat. Wer als Lehrerin heiratete, verlor somit seine Anstellung im Staatsdienst.

Dass die Frauenfeindlichkeit kein rein deutsches Phänomen war, belegen die Frauenrechte im benachbarten Ausland. 2004 fielen Plakate in Liechtenstein ins Auge: 20 Jahre Frauenwahlrecht! In der ach so demokratischen Schweiz erstritten die Frauen

im Kanton Appenzell/Innerrhoden erst am 27. 11. 1990 das Wahlrecht - per Klage. Bei der anstehenden Volksabstimmung stimmten die Männer mehrheitlich dagegen.

Auch heute noch halten sich die Benachteiligungen der Frauen. „Frauen erobern die Chefsessel“ titelt die FNP am 7. 10. 2008. In Frankfurt bilden 20 Frauen gut ein Drittel der Führungspositionen in der Stadtverwaltung. Schwingt in der Überschrift die Besorgnis des Autors hinein, dass Frauen die Dominanz erobern? Das Gleichstellungsgesetz, die „Quotenfrau“ hat einiges bewirkt. Gewiss! Heute beträgt der Frauenanteil im Bundestag 32,2 Prozent, also nur ein Drittel, dafür aber eine Frau als Kanzlerin. Doch wie sieht es in der Privatwirtschaft aus, wie sieht es mit der Bezahlung aus? Frauen sind überwiegend in sogenannten Prekären Arbeitsverhältnissen. Mini- und Midijobs, Zeitarbeitsverträge, Arbeit auf Abruf . . . Die Diskussion um die Kinderbetreuungseinrichtungen, Elterngeld etc. haben klar vor Augen geführt, wo die Widerständler zu finden sind. Konservative (hauptsächlich im Süden unserer Republik) kommen vom Frauenbild mit den drei K's (Kinder, Küche, Kirche) nicht los. Das Heimchen am Herd wird oft mit dem christlichen Weltbild, den Werten verteidigt.

R. Dötsch

## ★ Linke Runde

### DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN

Sprungbrett in eine bessere Gesellschaft oder wollen die Kapitalisten den Sozialismus einführen?

Gastreferent:

Ronald Blaschke, Berlin, wissenschaftl. Mitarbeiter  
Die LINKE

Dienstag, 18. November 2008, 19.30 Uhr  
Sportcasino, Mörfelden-Walldorf  
Okrifteler Str. 6 (TGS-Sportzentrum)

Es laden ein:

Die Linke Ortsverband Mörfelden-Walldorf  
DKP Mörfelden-Walldorf  
Kreisverband Die Linke Groß-Gerau

# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

## Das Thema bleibt auf der Tagesordnung

Im November gehen die Auseinandersetzungen um die beabsichtigte Flughafenerweiterung in ihr zwölftes Jahr. Der damalige Lufthansa-Chef Weber zog 1997 mit der Forderung nach einer neuen Betonpiste in die Öffentlichkeit.

An gleichen Tag sprach sich eine Bürgerversammlung im Mörfelder Bürgerhaus gegen dieses Vorhaben aus. Schon wenige Wochen später schlossen sich seit langem aktive, aber auch aus aktuellem Anlass ins Leben gerufene Gruppen zum Bündnis der Bürgerinitiativen zusammen.

Zu gravierend sind die Beeinträchtigungen durch den bereits bestehenden Flughafenbetrieb, unter denen weite Teile der Bevölkerung in der Umgebung des Rhein-Main-Airports tagtäglich und Nacht für Nacht zu leiden haben.

Die betroffenen Menschen hier in der Region haben in den letzten Jahren den Ausbauplänen mit der Sammlung von Unterschriften, mit Klageandrohungen, mit weit über 120.000 Einwendungen im Planfeststellungsverfahren, großen Demonstrationen in Frankfurt, Wiesbaden und Offenbach und zahlreichen Aktionen direkt am Flughafen und im bedrohten Wald eine deutliche Absage erteilt.

Sie ließen sich nicht über ein sogenanntes „Mediationsverfahren“ und „Regionales Dialogforum“ einbinden und einlullen.

Auf der Agenda stehen nach wie vor die Forderungen nach einer Reduzierung der Belastungen durch den Flugverkehr und ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, mehr Sicherheit vor Abstürzen, die Schaffung rechtlich einklagbarer Grenzen der Belastungen und das Erstellen einer Gesamtbelastungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet.

Angesichts rasend schnell dahinschmelzender Polkappen im Norden und Süden des Globus wäre ein öko-



*Protestaktion der Bürgerinitiativen bei den „rot-grünen“ Koalitionsverhandlungen in der Dömnähe Mechthildshausen. Das war am vorletzten Verhandlungstag. Danach hat man noch über Flughafenausbau diskutiert, vor allem aber die Posten verteilt.*

*Ein dreiviertel Jahr nach den Wahlen haben SPD und Grüne ihre Koalitionsverhandlungen abgeschlossen. Koch kann abgewählt werden.*

*Eine genaue Einschätzung des Koalitionspapieres steht noch aus.*

*Die „Frankfurter Rundschau“ schrieb: „Flughafenausbau-Gegner gehören zu den Verlierern im Koalitionspoker“.*

*Zu den Gewinnern zählt die FR die Fluggäste des Frankfurter Flughafens „denn die neue Landebahn kommt wie geplant“. Weiter hieß es: „SPD und Grüne wollen nachträglich durchsetzen, dass ein Verbot von Flügen zwischen 23 und 5 Uhr erreicht wird.“ Wer die Verzahnung von Politik und Wirtschaft im Rhein-Main-Gebiet kennt, darf auch dieses Vorhaben mit Skepsis betrachten. Wie auch immer, wie beim Fußballspiel fallen Tore oft in der letzten Sekunde. Es wäre gut, wenn die vom Fluglärm geplagten Menschen in der Region weiterhin laut ihre Meinung sagen würden.*

*Wer den Kopf hängen läßt - stimmt zu. Das Thema bleibt auf der Tagesordnung!*

*Rudi Hechler*

logisches Rettungspaket dringender und zwingender notwendig, als es bezüglich der derzeit kriselnden Banken und Finanzmärkte angegangen wird. Wer aufrichtig das Ziel einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklung propagiert, der kommt nicht umhin, dem Flughafen und dessen Betrieb entsprechende Beschränkungen aufzuerlegen. Das fundamentale Interesse der Menschen nach einer Verbesserung der Lebensqualität darf nicht den Profitinteressen der Ausbaubetreiber geopfert werden.

Wer dies tut, gefährdet auf Dauer den Frieden in der Region.

„Kein Baum wird mehr fallen!“ war seinerzeit das Versprechen der Politik, nachdem die Staatsgewalt mit brachialen Polizeieinsätzen die Startbahn West Anfang der 80er Jahre im wahrsten Sinne des Wortes gegen den Widerstand der Bevölkerung durchgeprügelt hat. Die Bürgerinitiativen wollen versuchen, dass diese Zusage eines Ministerpräsidenten zumindest im (Bann-)Wald von Kelsterbach nicht gebrochen wird.

# Stadtgeschichten



Die Mörfelder und die Walldorfer Kerb ist vorbei. Das Traditionsfest zog auch dieses Jahr wieder viele Bürger aus beiden Stadtteilen jeweils an mehreren Tagen auf die Straßen und „Kerweplätze“. Die Umzüge sorgten für die notwendige Stimmung, die auch wie jedes Jahr am Kerwemontag beim Frühschoppen noch anhielt. Auch im Jahre 1949 ging es in Walldorf, wie das Foto zeigt, hoch her. Nicht nur die „Kerweborsch“ der SKG und der TGS sondern auch die vom Sportverein Rot-Weiß waren aktiv. Auf dem Foto zeigten sich die „rot-weißen“ in großer Anzahl vor dem neuerrichteten Saal des Waldenserhofs in der Langstraße. Der Bau wurde in Selbsthilfe in der kurzen Zeit, von Anfang August bis Ende Oktober 1949 errichtet. Wenn auch noch im unverputzten Zustand, war der Saal für den Kerwetanz gerüstet und zwar an der Stelle, wo der Waldenserhof-Wirt drei Monate vorher in Stall und Scheune noch sein Vieh versorgte. Diese ungeheure Arbeitsleistung hatten die Mitglieder der beiden Vereine „Rot-Weiß Walldorf“ und Gesangverein „Liederzweig Walldorf“ in Tag- und Nachtstunden und an Sonn- und Feiertagen unentgeltlich erbracht. Ja, sie trugen sogar noch durch Darlehen zur Finanzierung des Unternehmens bei. Diese Aktion war erforderlich geworden, da praktisch über Nacht der Saal des früheren, langjährig genutzten Vereinslokals „Goldener Hirsch“ in der Mörfelder Straße nicht mehr zur Verfügung stand. Dieses erfolgreiche Unternehmen ist zum großen Teil der Initiative des damaligen 2. Vorsitzenden Heinrich Tron (in Walldorf den meisten nur als „Breunisch“ bekannt) zu verdanken. Er ist auf dem Foto in der Mitte mit Zylinder als „Kerwe-Vatter“ zu sehen. Der Dritte rechts neben ihm ist sein Sohn Karl Heinz Tron. Links neben dem Kerwevatter sitzt Hans Jakob (Schützje), ganz links sitzend Jakob Förstner, darüber der Tormann Heinz Schönfeld und unten mit weißem Pullover Jakob Schulmeyer (Feger) aus Mörfelden. Die Begeisterung war groß, das zeigt die Zahl von über 60 „Keweborsche“, darunter viele damals bekannte Fußballer, deren Namen hier nicht alle genannt werden können.



## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



# KulBa

5. November  
**Geld, Gold, Krise**  
Information und Diskussion  
mit Stefan Frank  
Beginn: 20 Uhr

20. November  
**Rettet das Vinyl**  
Schallplattenabend  
Beginn: 20 Uhr

8. Dezember  
**HörBar:**  
**"Die Tagebücher von Adam und Eva"**  
Beginn: 20 Uhr

18. Dezember  
**Rettet das Vinyl**, Schallplattenabend  
Beginn: 20 Uhr

24. Dezember  
**Weihnachtsparty mit Cocktails**  
21-2 Uhr, Eintritt frei

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Der beißt in  
de Abbel  
wie en Gaul in  
die Dickwurz.